

# Ist der Ölpreis selbst den Petro-Staaten zu hoch?

Erdöl ist zurzeit so teuer wie schon lange nicht mehr – für Förderer, Konsumenten und die Klimapolitik ist das ein Problem

GERALD HOSP

An den Energiemärkten ist der Teufel los. Die Schlagzeilen werden seit einigen Wochen von regelrecht explodierenden Erdgas-, Strom- und Kohlepreisen beherrscht, was eher ungewöhnlich ist: Üblicherweise steht der Erdölpreis im Fokus. Der europäische Grosshandelspreis für Erdgas beträgt zurzeit – umgerechnet auf die Energieleistung – mehr als das Doppelte der Erdölnotierung.

In der vergangenen Woche kletterte der Preis für die Ostsee-Erdölsorte Brent für kurze Zeit jedoch auf mehr als 80 \$ je Fass, was den höchsten Wert seit rund drei Jahren bedeutete. Der Brent-Preis gilt als globaler Referenzpreis (ohne die USA). Zwar schwächte sich die Preisentwicklung wieder etwas ab, die Augen richten sich aber am Montag auf ein Treffen der Opec+, die aus der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) und weiteren Petro-Staaten wie Russland, Mexiko oder Kasachstan besteht. Sie müssen eine Antwort finden auf die Forderungen von Konsumländern wie den USA und China. Gleichzeitig hängt die Klimapolitik wie ein Damoklesschwert über der Branche.

## Zusätzliche Fässer

Vor mehr als einem Jahr, als die Nachfrage pandemiebedingt in den Keller rutschte, senkte die Opec+ die Förderung um knapp 10 Mio. Fass pro Tag, was einem Zehntel des weltweiten Angebots entsprach. Seitdem drehen die Erdölstaaten wieder den Hahn auf: Im Juli beschlossen sie, dass bis September nächsten Jahres monatlich zusätzlich 400 000 Fass pro Tag auf den Markt kommen sollen. Zuvor hatte die Opec+ bereits die Produktion um 4 Mio. Fass erhöht. Die Frage ist, ob dies noch genügt.

Bisher waren die meisten Beobachter davon ausgegangen, dass die Opec+ am Montag an dieser Politik festhalten wird. Die Nachrichtenagentur Reuters berichtet jedoch, dass innerhalb der Gruppe bereits ein Szenario besprochen werde, bei dem ab November die Förderung erhöht werden könnte. Bereits seit einiger Zeit fordert Washington die Vereinigung der Erdölstaaten dazu auf, mehr zu fördern.

Dem amerikanischen Präsidenten Joe Biden sind hohe Benzinpreise aus politischer Sicht ein Dorn im Auge, auch wenn



Über der Erdölbranche brauen sich schon seit langem dunkle Wolken zusammen: eine Raffinerie in Kalifornien. BREIT HARTMAN / REUTERS

er gleichzeitig eine «grüne Agenda» forciert. In der vergangenen Woche brachte sein Sicherheitsberater Jake Sullivan die Ölpreise bei einem Treffen mit dem saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman aufs Tapet. Saudi Arabien ist neben Russland das dominante Mitglied innerhalb der Opec+.

Für Unterstützung des Erdölpreises sorgte auch die chinesische Regierung, welche die grossen staatseigenen Energieunternehmen angewiesen hat, die Energieversorgung in diesem Winter in jedem Fall sicherzustellen. Dies könnte zu weiter steigenden Kohle- und Erdgaspreisen führen – mit Auswirkungen auf Erdöl, denn die Energiemärkte sind verbunden. In manchen Ländern wie Bangladesch oder Pakistan ist es bereits dazu gekommen, dass wegen der hohen Notierungen Öl anstelle von Gas zur Verstromung genutzt wird. Womit sich auch die Situation am Erdölmarkt nicht entspannen dürfte.

Die Nachfrage nach Erdöl ist zwar noch geringer als zur Vor-Pandemie-Zeit. Die Tendenz ist jedoch steigend. Organisationen wie die Internationale Energieagentur (IEA) oder auch die Opec erwarten für nächstes Jahr, dass wieder so viel Öl wie vor der Krise konsumiert wird. Einen Strich durch diese Rechnung kann aber immer noch der Verlauf der Pandemie, ein wirtschaftlich geschwächtes China oder eine unerwartet striktere Geldpolitik vor allem in den USA machen.

Mehr als die Nachfrageseite lastet derzeit aber die Angebotsstruktur auf dem Erdölpreis. Die weltweiten Lagerbestände liegen deutlich unter dem Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre, was ein Zeichen für eine angespannte Versorgungslage ist. Dazu hat unter anderem der Hurrikan Ida beigetragen, der länger als erwartet Produktionskapazitäten im Golf von Mexiko beeinträchtigt. Zudem zeigen sich die amerikanischen Schieferölproduzenten noch zurückhal-

tend. Üblicherweise würden diese bei solchen Preisniveaus vermehrt fördern. Offenbar werden sie aber auch durch einen Mangel an Facharbeitern eingeschränkt. Ein weiterer Punkt sind die schleppenden Verhandlungen zum Atomabkommen mit Iran. Dadurch verzögert sich auch die Rückkehr von iranischem Erdöl auf den internationalen Märkten.

In dieser Hinsicht ist auch fraglich, ob die Petro-Staaten kurzfristig ihre Volumina erhöhen können. Die Opec-Mitglieder Angola, Nigeria und Malaysia bekunden bereits jetzt Mühe, ihre zugelassene Förderquote einzuhalten. Freie Kapazitäten haben vor allem Saudi Arabien, Russland, der Irak und die Golfstaaten. Die Erdölländer versuchen die Balance zu finden zwischen hohen Preisen, die den Einnahmeausfall vom vergangenen Jahr ausgleichen, und allzu hohen Preisen, die sich auf die Nachfrage durchschlagen könnten. Zuvor hatte die Opec+ signalisiert, dass dieses Gleich-

gewicht bei bis zu 80 \$ je Fass liege. Eine offene Frage dabei ist, ob die Preissteigerungen nur kurzfristig sind oder ob sie eine strukturelle Veränderung anzeigen. Viele der genannten Gründe lassen sich so deuten, dass sie temporär sind. Mittelfristig dürfte jedoch ein neuer Effekt zu spüren sein: Hohe Preise haben in der Vergangenheit in der Regel auch höhere Investitionen in die Förderung oder Lagerung ausgelöst. Wegen der Klimapolitik und des Drucks mancher Investoren auf die Produzenten von fossilen Brennstoffen fällt dieser Preiseffekt jedoch zumindest geringer aus.

## Beschleunigte Energiewende

Die Entkarbonisierung der Energiesysteme kann deshalb zu Risiken für die Versorgung und die Preisentwicklung führen – wenn die Nachfrage hoch bleibt. Der entscheidende Faktor ist deshalb, wie sehr der Durst der Welt nach Erdöl und Erdgas nachlässt. Hohe Preise für fossile Energiegüter dürften in dieser Hinsicht eine Energiewende beschleunigen. Eine Verteuerung von Benzin und Konsorten ist schliesslich ein Teil der Klimapolitik. Wenn grüne Energiegüter aber die Lücke nicht füllen können, droht ein Energiemangel. In der Energiepolitik müssen Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und Bezahlbarkeit unter einen Hut gebracht werden. Erhöhte Erdölpreise und Forderungen, wie diejenige aus den USA an die Opec, sie solle mehr fördern, zeigen dieses Spannungsverhältnis auf.

## Steiler Anstieg des Erdölpreises

Terminmarktpreis der Erdölsorte Brent, in \$ je Fass



## WIRTSCHAFT IM GESPRÄCH

# Der Retter von Meyer Burger ist ein Sowjet-Nostalgiker

Pjotr Kondraschow investierte Millionen in den Solarhersteller – sein Leben ist ein Spiegelbild von Russlands dramatischer Geschichte

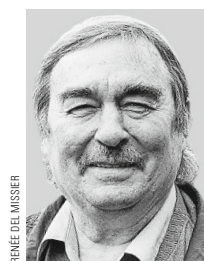
DANIEL IMWINKELRIED, WIEN

Ein milliardenschwerer Oligarch, also ein russischer Neureicher, der in den 1990er Jahren zu Staatsvermögen gekommen ist, soll Pjotr Kondraschow laut dem Wirtschaftsmagazin «Forbes» sein. Glamour strahlt der 72-jährige Grossaktionär der Thuner Solarfirma Meyer Burger jedoch nicht aus: In den altmodisch eingerichteten Wiener Büros begegnet man vielmehr einem Mann, der vom Leben und von der Arbeit in der sowjetischen Rohstoffindustrie gezeichnet scheint. «Forbes» hat sich nie bei mir gemeldet», sagt Kondraschow, der bei der Frage, ob er nun Milliardär sei oder nicht, bloss die Hände verwirft. Über 35 Jahre, fast sein ganzes Berufsleben, hat der Bergbauingenieur für den russischen Kaliförderer und Düngerhersteller Silwinit gearbeitet. Am Schluss war er Generaldirektor des Unternehmens, und im Zuge der Voucher-Privatisierung zu Beginn der 1990er Jahre wurde er auch einer von dessen Eigentümern.

## Grossfusion im Düngergeschäft

Zu einem hohen Barvermögen kam Kondraschow Ende 2010, als Silwinit im russischen Konkurrenten Uralkali auf-

ging und der zweitgrösste Kaliproduzent der Welt entstand. Der Russe besass knapp 14% an Silwinit. Die Strippen bei der Fusion zog allerdings der Geschäftsmann Suleiman Kerimow im Einver-



Pjotr Kondraschow  
Grossaktionär  
von Meyer Burger

nehmen mit Ministerpräsident Wladimir Putin. Kondraschow hätte es bevorzugt, wenn Silwinit selbständig geblieben wäre. Aber er sei damals bereits 60 gewesen – zu alt zum Kämpfen, wie er sagt.

Seither betätigt sich Kondraschow als Investor. Sein Hauptwohnsitz ist zwar Wien als eine Art Exil; sein grösstes Einzelinvestment stellt jedoch die Beteiligung an Meyer Burger dar, und der Grossteil seines Vermögens ist in der Zuger Holding Elbogross gebündelt. Mit seinem Geld hat Kondraschow Meyer Burger vor dem Untergang ge-

rettet. Das Unternehmen war einst mit Diamantdrahtsägen zum Schneiden von Siliziumwafern ins Solargeschäft eingestiegen. Ab 2016 geriet Meyer Burger aber zunehmend in Schwierigkeiten.

Wie die europäische Solarbranche insgesamt hielt die Firma dem Druck der chinesischen Konkurrenz nicht stand. Als Meyer Burger 2016 vor der Insolvenz stand, war Kondraschows Anlagefirma Sentis, ein Vehikel von Elbogross, die grösste Geldgeberin einer Kapitalerhöhung. Und im vergangenen Jahr zeichnete Sentis erneut Aktien im Umfang von 50 Mio. Fr. Damals nahm Meyer Burger 165 Mio. Fr. auf, um die Neuausrichtung zu finanzieren. Meyer Burger will nicht mehr bloss Maschinen zur Solarproduktionsherstellung verkaufen. Als reiner Ausrüstungshersteller sei man chancenlos, sagt der deutsche CEO Gunter Erfurt. Deshalb stellt das Unternehmen nun auch die Solarmodule selber her. Dafür hat Meyer Burger im Osten Deutschlands zwei Fabriken gebaut; vergangene Woche gab die Firma zudem bekannt, dass auch in den USA eine Produktionsstätte entstehen soll.

Bei den Investoren kommt die Strategie an. «Meyer Burgers Story ist vielversprechend», sagt Constantin Hesse

vom Aktienbroker Jefferies. Mittlerweile weist Meyer Burger wieder eine Börsenkapitalisierung von 1,1 Mrd. Fr. auf. Kondraschow hält nach einigen Verkäufen noch 9,5% an der Firma.

Die Neuausrichtung verlief allerdings spannungsvoll. Sentis drang etwa auf eine komplette Erneuerung des Verwaltungsrats und ging dabei im Stil eines aktivistischen Investors vor. Allerdings scheint Kondraschow keine Lust mehr zu verspüren, solche Konflikte selbst auszutragen. Diese Arbeit hat er an zwei aus Österreich stammende Finanzexperten delegiert, die bei Elbogross als Verwaltungsräte fungieren.

Kondraschow, der statt eines Smartphones ein Handy nutzt und keinen Computer bedient, scheint derweil gerne in der Nostalgie zu schwelgen. «Ich habe in der Sowjetunion ein glückliches Leben verbracht», sagt er. Die Existenz war weitgehend vorbestimmt: Der Staat sorgte für die Ausbildung, die Wohnung und den Arbeitsplatz. Er bestimmte auch, dass Uni-Absolventen auf ihrem ersten Posten nach dem Studium mindestens drei Jahre ausharren mussten – bei Kondraschow war das eben Silwinit. Kondraschow erzählt von diesem starren System, als wäre es ein bescheidenes Paradies gewesen.

Aber ist er nicht dank der Einführung der Marktwirtschaft überhaupt wohlhabend geworden? «Ich wünsche niemandem ein Leben, wie man es in der Privatisierungsphase führen musste», sagt er. Hohe Inflationsraten machten den Menschen das Leben schwer. Als Manager habe er manchmal kaum gewusst, wie er die Gehälter bezahlen sollte, erzählt Kondraschow.

## Raue Sitten in Russland

Aber vielleicht hängt seine Wehmut auch mit den Sitten zusammen, die in Putins Russland herrschen. Wie rau sie sind, bekommt der Investor gerade zu spüren. Vor sieben Jahren ist das russische Finanzinstitut Ecoprombank in Konkurs gegangen.

Anonyme Blogs behaupten, Kondraschow sei einer der geheimen Eigentümer des Instituts gewesen. Sie werfen ihm mitunter regelrecht absurd klingende Handlungen vor. Kondraschow hat gegen den Autor in Zürich soeben Strafanzeige wegen Verleumdung eingereicht. Russische Behörden bestätigen, dass gegen den Investor kein Strafverfahren laufe. «Oligarch» möchte man nicht sein.